

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 08.09.2016

Integration in die Gesellschaft durch Arbeit, Bildung und Familie

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der einfachste Weg zur Integration führt über die tägliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben - sei es durch Engagement im Praktikum, am Arbeitsplatz, in der Schule oder durch Teilhabe in Vereinen. Daher fordert der Landtag eine schnelle Entscheidung über den Aufenthaltsstatus, eine konsequente Umsetzung der bestehenden Rechtslage sowie die Gewährleistung des Familiennachzuges für Aufenthaltsberechtigte.

Der Nachzug der Familie kann einen erheblichen Beitrag zur Integrationsbereitschaft leisten. Nicht zuletzt profitieren Haushalte mit Nachwuchs von der stärkeren gesellschaftlichen Teilhabe über den Bildungsweg der Kinder.

Um den Bildungsweg von Kindern aus Flüchtlingsfamilien bestmöglich auszugestalten, bedarf es einer Fülle von Maßnahmen. Denn unter den in Deutschland ankommenden Flüchtlingen ist ein großer Anteil junger Erwachsener, von denen wiederum viele auch nach Anerkennung des Asylstatus oder Flüchtlingsstatus nicht in der Lage sind, sofort in den Arbeitsmarkt einzutreten. Neben Deutschkenntnissen fehlen oftmals Grundlagen der Bildung und berufliche Kenntnisse.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich auf Landes- und Bundesebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- stärkerer Ausbau von Sprachlernklassen,
- Schulunterricht für minderjährige Flüchtlinge bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen,
- Integrationskurse für Geflüchtete bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen,
- Stärkung der Ressourcen in der Kita-Betreuung; es müssen neue pädagogische Konzepte erstellt und flexiblere Regelungen u. a. für Gruppengrößen gefunden werden,
- Einrichtung von Arbeitsgruppen von Schülern für geflüchtete Schüler zum Austausch über Sprache, kulturelle Begebenheiten etc. in den Schulen, um geflüchtete und einheimische Schüler schnell in sozialen Kontakt zu bringen; dies fördert den Anschluss an die Gesellschaft,
- Integration am Arbeitsplatz durch Werben für freiwillige Patenschaften unter den Mitarbeitern,
- Arbeitsverbote für Flüchtlinge bei Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen abschaffen,
- Zulassung sämtlicher Arbeitsmarktintegrationsmaßnahmen auch für Flüchtlinge,
- schnelle Prüfung vorhandener Qualifikationen mit der Möglichkeit zur Weiterbildung,
- Unterstützung der im Integrationsgesetz der Bundesregierung angedachten Maßnahmen zur Mitarbeitspflicht für Flüchtlinge bei Integrationsmaßnahmen,

- Förderung des Ehrenamts für einen leichteren Zugang von Flüchtlingen in Vereine und stärkere Unterstützung ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer